A8 Kostenlose Obdachlosenunterkünfte für alle! Sicheres Wohnen als Menschenrecht

Antragsteller*in: Jusos Mülheim
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Beratung Antragsblock A (Anträge bzgl. Köln)

Weiterleitung an: SPD-Ratsfraktion Köln

Antragstext

Die Jusos Köln fordern die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln auf, sich dafür einzusetzen, dass **alle obdachlosen Menschen in Köln kostenfrei Zugang zu einer sicheren, menschenwürdigen und diskriminierungsfreien Unterkunft erhalten.**

Dazu soll die Stadt Köln:

1. **Obdachlosenunterkünfte grundsätzlich kostenfrei zur Verfügung stellen.** Menschen, die auf eine städtische oder von der Stadt beauftragte Unterkunft angewiesen sind, dürfen nicht durch Nutzungsentgelte oder sonstige Kosten zusätzlich belastet werden.

2. **Housing First konsequent ausbauen und als langfristiges Ziel verfolgen.** Der Zugang zu einer eigenen Wohnung soll nicht davon abhängig gemacht werden, dass Betroffene zunächst bestimmte Voraussetzungen erfüllen oder sich durch verschiedene Stufen des Hilfesystems arbeiten. Wohnen ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und darf nicht die Belohnung am Ende eines Hilfeprozesses sein.

3. **Die bestehenden Unterbringungsangebote in Köln menschenwürdig gestalten und ausbauen.** Solange nicht für alle obdachlosen Menschen dauerhaft eigener Wohnraum zur Verfügung steht, müssen die bestehenden Unterkünfte eine sichere und menschenwürdige Übergangslösung darstellen. Dazu gehören insbesondere ausreichende Privatsphäre, Hygiene, Sicherheit, Zugang zu Sozialberatung und die Möglichkeit, persönliche Gegenstände sicher aufzubewahren.

4. **Besondere Schutzbedarfe berücksichtigen.** Bei der Unterbringung müssen insbesondere Menschen geschützt werden, die aufgrund patriarchaler Gewalt und gesellschaftlicher Diskriminierung besonderen Gefahren ausgesetzt

sind. Es braucht sichere und bedarfsgerechte Unterbringungsmöglichkeiten für Frauen, queere Menschen sowie weitere besonders vulnerable Gruppen. Niemand darf gezwungen sein, zum Schutz vor Obdachlosigkeit in eine Unterkunft zu gehen, in der die eigene körperliche oder psychische Unversehrtheit gefährdet ist.

5. **Betroffene an der Gestaltung der Kölner Wohnungslosenhilfe beteiligen.** Menschen mit eigener Erfahrung von Obdach- und Wohnungslosigkeit sollen verbindlich in die Weiterentwicklung der Angebote der Stadt Köln einbezogen werden.

6. **Die Zusammenarbeit zwischen Jusos und SPD-Fraktion stärken.** Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln kann die Jusos Köln bei der weiteren Ausarbeitung und Umsetzung entsprechender Maßnahmen ausdrücklich als Ansprechpartnerin einbeziehen. Bei Fragen zur Lebensrealität junger Menschen, zu besonderen Schutzbedarfen sowie zur Weiterentwicklung der kommunalen Wohnungslosenpolitik stehen den Mitgliedern der SPD-Fraktion die Jusos Köln jeder zeit zur Seite.

Begründung

Wohnen ist ein Menschenrecht. Ein sicherer Ort zum Leben darf nicht davon abhängen, ob ein Mensch genügend Geld besitzt oder sich die Bedingungen eines angespannten Wohnungsmarktes leisten kann.

Das gilt insbesondere in **Köln**. Unsere Stadt wächst, gleichzeitig wird bezahlbarer Wohnraum immer knapper. Die steigenden Mieten und der Mangel an bezahlbaren Wohnungen treffen Menschen mit geringem Einkommen besonders hart. Wer seine Wohnung verliert, hat es in Köln besonders schwer, wieder auf dem regulären Wohnungsmarkt Fuß zu fassen.

Für obdachlose Menschen bedeutet das häufig: Sie sind auf die bestehenden Hilfs- und Unterbringungsangebote der Stadt angewiesen. Diese Angebote sind notwendig – sie dürfen aber nicht zum dauerhaften Ersatz für eine eigene Wohnung werden. Ein Schlafplatz ist nicht dasselbe wie ein Zuhause.

Die Jusos Köln begrüßen deshalb ausdrücklich den Ansatz **Housing First**. Wir wollen, dass Menschen in Köln möglichst schnell und ohne unnötige Hürden in dauerhaft gesicherten eigenen Wohnraum kommen. Die eigene Wohnung muss dabei nicht das Ergebnis eines langen Hilfeprozesses sein. Sie kann vielmehr die Grundlage dafür schaffen, das eigene Leben wieder selbstbestimmt zu gestalten.

Aber: Housing First ist in Köln aktuell noch nicht in einem Umfang umgesetzt, der allen obdachlosen Menschen eine eigene Wohnung ermöglicht. Genau deshalb dürfen wir die Menschen, die heute und morgen auf der Straße stehen, nicht auf eine bessere Zukunft vertrösten.

Wir brauchen eine **menschenwürdige Brücke bis zur vollständigen Umsetzung von Housing First.**

Diese Brücke muss kostenlos sein.

Es ist nicht akzeptabel, dass Menschen, die bereits ihre Wohnung und damit einen elementaren Teil ihrer sozialen Sicherheit verloren haben, zusätzlich für die Unterbringung zur Kasse gebeten werden. Wer obdachlos ist, hat in der Regel gerade nicht die finanziellen Mittel, um zusätzliche Kosten zu tragen.

Die Folgen eines kapitalistischen Wohnungsmarktes und einer wachsenden sozialen Ungleichheit dürfen nicht auf dem Rücken der ärmsten Menschen unserer Stadt ausgetragen werden.

Gerade die Stadt Köln trägt hierbei eine besondere Verantwortung. Wenn der reguläre Wohnungsmarkt Menschen ausschließt und gleichzeitig nicht genügend dauerhaft bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht, muss die Kommune dafür sorgen, dass niemand ohne sicheren Schlafplatz bleibt. Eine Unterkunft darf dabei nicht als Almosen verstanden werden, sondern als Teil einer sozialen Daseinsvorsorge.

Dabei muss auch die **Sicherheit der Menschen in den Unterkünften** gewährleistet werden.

Nicht alle Menschen sind in gleicher Weise von Obdachlosigkeit und Gewalt betroffen. Frauen, queere Menschen und andere Personen, die patriarchaler Gewalt, Sexismus oder queerfeindlicher Diskriminierung ausgesetzt sind, benötigen teilweise besondere Schutzkonzepte und sichere Unterbringungsmöglichkeiten. Es darf nicht passieren, dass Menschen zwischen der Straße und einer Unterkunft wählen müssen, in der sie sich nicht sicher fühlen oder ihre körperliche und psychische Unversehrtheit gefährdet ist.

Für uns ist deshalb klar: Housing First und kostenlose Unterbringung gehören zusammen.

Housing First ist das Ziel.
Kostenlose, sichere und menschenwürdige Unterbringung ist die notwendige Übergangslösung.
Und beides muss in Köln konsequent vorangetrieben werden.

Wir wollen eine Stadt, in der niemand auf der Straße schlafen muss, weil das Geld für eine Unterkunft fehlt. Eine Stadt, in der niemand seine Sicherheit gegen ein Dach über dem Kopf eintauschen muss. Und eine Stadt, in der Wohnen nicht als Ware behandelt wird, wenn Menschen davon existenziell abhängig sind.

Die Jusos Köln verstehen sich dabei nicht nur als Antragsteller*innen, sondern auch als **politische Ansprechpartner*innen für die SPD-Fraktion**. Wir wollen gemeinsam daran arbeiten, die Situation obdachloser Menschen in Köln konkret zu verbessern. Die SPD-Fraktion kann sich bei Fragen, zur Einordnung von Problemen und bei der Entwicklung weiterer kommunalpolitischer Maßnahmen jederzeit an die Jusos Köln wenden.

Denn soziale Politik darf nicht bei Forderungen aufhören – sie muss in Köln konkret werden.